

„Freiberufliche“ VHS-DozentInnen durch Corona in Not

Schon Jahre vor der Corona-Krise hat DIE LINKE Ratsfraktion die Forderungen der Initiative „Freie Lehrkräfte an der VHS Düsseldorf“ unterstützt. An der Volkshochschule Düsseldorf nehmen jährlich tausende Menschen Weiterbildungsangebote wahr. Die angebotenen Kurse sind hervorragend besucht, die Bewertung durch die Teilnehmenden durchweg positiv. Leider wird die hohe fachliche und pädagogische Qualität der über 800 Dozentinnen und Dozenten nicht angemessen vergütet. Von den niedrigen Stundenhonoraren müssen sie nämlich noch Beiträge für Krankenversicherung, Pflegeversicherung und Rentenversicherung abführen – einen Arbeitgeberanteil gibt es nicht. Für die Vor- und Nachbereitung der Kurse gibt es kein Geld, ausbleibende Honorare aufgrund ausgefallener Kurse verschlechtern die Situation zusätzlich. Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder bezahlten Urlaub gibt es ebenfalls nicht.

Durch die Corona-Pandemie ist die Volkshochschule nun bereits seit dem 14. März geschlossen. Der ohnehin knapp bemessene Lebensunterhalt durch die VHS-Honorare fällt für die DozentInnen nun vollständig aus. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat in den vergangenen Wochen mit mehreren Schreiben an die Stadt darauf hingewiesen, dass ein Teil der DozentInnen arbeitsrechtlich als „arbeitnehmerähnlich“ bezeichnet wird und daher nach Tarifvertragsgesetz und Bundesurlaubsgesetz als „sozial schutzbedürftig“ bewertet wird. Dennoch fallen diese Beschäftigten unter keine der bestehenden Unterstützungsregelungen des Bundes im Rahmen der Corona-Pandemie. So erhalten die freiberuflichen VHS-DozentInnen keine Unterstützung laut Infektionsschutzgesetz, weil sie als „Selbstständige“ ihre Einkommensverluste nur im Falle einer persönlich verordneten Quarantäne oder Isolation erstattet bekämen. Eine Lohnfortzahlung oder Kurzarbeitergeld gibt es für Selbstständige nicht.

Natürlich begrüßen wir einen verantwortungsvollen Umgang mit der Ansteckungsgefahr und befürworten eine weitgehende Eindämmung des öffentlichen Lebens zum jetzigen Zeitpunkt. Der verantwortungsvolle Umgang mit der Corona-Pandemie umfasst aber auch, diejenigen zu schützen, die durch die Eindämmung ihre Haupteinkommen verlieren und schon vorher nah an der Armutsgrenze lagen.

Deshalb wird DIE LINKE Ratsfraktion im Schulausschuss und nötigenfalls im Stadtrat den Antrag stellen, die freiberuflichen MitarbeiterInnen der VHS Düsseldorf für alle Seminarveranstaltungen zu bezahlen, die durch die Corona-bedingte Schließung nicht stattfinden konnten. Die Forderung umfasst dabei auch die nicht ausgezahlten Vergütungen seit dem 14. März, welche rückwirkend erstattet werden sollen.

Besonders vor dem Hintergrund, dass die Stadt einige Tage nach der Schließung der VHS angeboten hat, Unternehmen mit einer Gewerbesteuerminderung in diesen schweren Zeiten zu unterstützen, ist eine Fortzahlung der Honorare für Menschen in den Bereichen Bildung und Soziales mehr als geboten. Deswegen werden wir unsere Forderung in nächster Zeit auch auf andere freie Mitarbeitende ausweiten.